

# Faschismus – außereuropäisch

von Josef Schußlburner

Die Frage, ob der Faschismus *per definitionem* zeitlich beschränkt und europäisch war, gilt als unbequem. Denn bei Einbeziehung außereuropäischer Gebiete erhält der Faschismusbegriff, der über die nach Selbstdefinition faschistischen Bewegungen hinausgeht, einen neuen Aspekt: Wer den als äußerst verdammenswert angesehenen europäischen Faschismus vor Augen hat, möchte nur ungern sehen, daß die positiv bewerteten anti-kolonialistischen Unabhängigkeitsbewegungen ein strukturell ähnliches Anliegen vertraten. Hatte nicht der »antiwestliche Revolutionär Goebbels« ein deutsches Bündnis auf seiten der kolonialiserten Völker angestrebt, da diese nämlich »für ihre Freiheit nicht unter dem Rufe: ›es lebe die dritte Internationale!‹ kämpften«, »sondern unter dem Rufe ›China den Chinesen!‹? Selbst Hitler erkannte eine Ähnlichkeit mit diesem »Freiheitskampf«, distanzierte sich aber etwa am 24. Mai 1930 mit einem rassistischen Argument, was zeigt, daß der Rassismus auch die Funktion hatte, NS-Deutschland im westlichen Wertebereich zu halten.

Das trotz NS-Rassismus errichtete deutsche Bündnis mit dem andersrassigen Japan erzeugte für die »Bewältigung« das Bedürfnis, den »Faschismus« auszuweiten, weil »der japanische Fall« zeige, »daß der herkömmliche Faschismusbegriff nicht ausreicht« (Hans Martin Krämer). Will man jedoch das Kaiserreich Japan als »faschistisches Regime« begreifen, kann man nur den Fehlschlag eines Konzepts konstatieren. Sicherlich gab es etwa mit der »Shōwa Kenkyūkai« eine faschistische Bewegung, und es dürfte vertretbar sein, in der modernen Kunst dieses Landes eine faschistische Ästhetik festzustellen; politisch konnten sich derartige Strömungen aber nicht durchsetzen. Kita Ikki, der als intellektueller Faschist galt, wurde im Zusammenhang mit der Niederschlagung eines Umsturzversuchs hingerichtet. Sicherlich galt auch für Japan, daß faschistisches Gedankengut »Teil eines ideologischen Kontinuums« darstellte, »das von liberalen und sozialistischen bis zu neokonservativen und faschistischen Vorstellungen reicht«

Ulrich Höver: *Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist*, Bonn und Berlin 1992.

(Stefan Vogt), wobei gerade die Übergänge zwischen sozialistischen und faschistischen Ideologien« fließend waren. Der maßgebliche »Militarismus« wies ideologisch zahlreiche kommunistische Konvertiten auf. Als »faschistisch« kann man auch die Argumentation der Heerführer Kanji Ishihara und Seishiro Itagaki bezeichnen, die 1931 den Mandschurei-Zwischenfall inszenierten: »Vom Standpunkt des internationalen Proletariats, der die Angleichung des nationalen Reichtums fordert, kann die grundlegende Lösung nicht innerhalb der bestehenden Grenzen des von Natur aus armen Japan gefunden werden, das den Lebensunterhalt für das Volk insgesamt sicherstellen muß.« Kita meinte, daß dieselben Argumente, die die Sozialisten für die Vermögensumverteilung im Inneren anführen, auch außenpolitisch angeführt werden müßten, und es könne nicht angehen, daß Großbritannien riesige Teile der Welt beherrsche und sich mittels Friedenspropaganda der internationalen Umverteilung widersetze.

Dies führt zum gemeinsamen Ausgangspunkt von Antikolonialismus und Faschismus im System von Kolonialherrschaft und internationaler Hegemonie, das die später so bezeichneten liberalen Demokratien des Westens in weiten Teilen der Welt primär aus »kapitalistischem« Interesse errichtet hatten. Dieses System war aus wirtschaftlichen Motiven dem liberalen Fortschritt verpflichtet, geriet aber ideologisch in die Defensive, als sich in West-Europa selbst eine Verschmelzung von Liberalismus und Demokratie ergab. Eine solche Entwicklung konnte in den Kolonialgebieten zur Vermeidung der Unabhängigkeit nicht ohne weiteres nachvollzogen werden. Ideologisch mußten die Unabhängigkeitsbestrebungen den Demokratiedanken gegen die liberal-kapitalistische Herrschaftsbegründung ins Spiel bringen, was den besonderen Nationalismus als Form eines antiliberalen Demokratismus erklärt. Da sich der Nationalismus gegen eine liberal-kapitalistische Herrschaftsbegründung wandte, tendierte der Nationalismus zur Kehrseite des antiliberalen Sozialismus, oder anders ausgedrückt: der Sozialismus trat in den Dienst der Zielsetzungen des Nationalismus. Dieser bekam notwendigerweise rassistische Züge, weil die Herrschaftsbegründung der westlichen Demokratien in den Kolonialgebieten mit zunehmender Demokratisierung im »Mutterland« zumindest einem kulturellen Rassismus folgen mußte: Nur so konnte man etwa Indien den Dominion-Status verweigern, den Kanada bekam. Dies führte umgekehrt zum Aufgreifen rassistischer Tendenzen in den Unabhängigkeitsbewegungen, was etwa den chinesischen Marxisten Li Ta-chao argumentieren ließ, daß sich in weltweiter Sicht der Klassenkampf in einen Rassenkampf verwandelt habe.

Um dem kolonialen Herrschaftsmuster des *divide et impera* effektiv entgegenzutreten zu können, schien die nationale politische Einheitsbewegung notwendig, die im Zweifel auf eine maßgebliche Führerfigur ausgerichtet war. Da die Herrschaft des europäischen Liberalismus letztlich durch militärtechnischen Fortschritt abgesichert wurde, war die Pflege einer militaristischen Haltung naheliegend, mit der man die technischen Vorteile der westlichen Mächte zu kompensieren suchte. In einer kolonialen Situation fanden sich nicht nur die formellen Kolonien, sondern auch Halbkolonien wie China und die der Interventionshegemonie unterworfenen Länder Lateinamerikas. Zuletzt konnten auch Staaten, die sich wie Japan und Italien als machtpolitisch unterprivilegiert ansahen, als Kolonien betrachten – und damit auch das einem nach kolonialem Herrschaftsmuster gestrickten Ausplünderungsvertrag unterworfenen Deutschland.

Zugunsten der antikolonialistischen Bewegungen kann angeführt werden, daß die demokratiethoretisch gebotene Unabhängigkeit mitnichten eine ausgemachte Sache war. Noch die Atlantikcharta von 1941 war so formuliert, daß sie nicht zugunsten der dem britischen Empire unterworfenen Gebiete in Anspruch genommen werden konnte. Zur Verhinderung der Unabhängigkeitsbestrebungen wies die Kolonialherrschaft des liberalen Großbritanniens noch Mitte des 20. Jahrhunderts Strukturen auf, die für das zaristische Rußland des 19. Jahrhunderts kennzeichnend gewesen waren.

Das faschistische Potential, das in den außereuropäischen Staaten vorhanden war, zeigte sich etwa in den kommunistischen Unabhängigkeitsbewegungen, und die daraus hervorgegangenen sozialistischen Regime müssen als »jeweils stark geprägt vom Nationalismus« (Jean-Louis Margolin) gekennzeichnet werden. Mao Tse-tung verstand sich von An-

Fujita Shozo: *Die ideologischen Konversionen um 1933*, in: Nishikawa Masao und Miyachi Masato (Hrsg.): *Japan zwischen den Kriegen. Eine Auswahl japanischer Forschungen zu Faschismus und Ultrationalismus*, Hamburg 1990, S. 379 ff.

Christopher Thorne: *The Issue of War, States, Societies, and the Far Eastern Conflict of 1941–1945*, New York 1985.

Der Faschist als Patriot;  
Ersttagsbrief der indischen  
Staatspost zum 25.  
Jahrestag der Ausrufung  
eines unabhängigen  
indischen Staates durch  
Subhas Chandra Bose



Guido Mühlemann:  
Chinas Experimente mit  
westlichen Staatsideen.  
Eine rechtshistorische  
und zeitgeschichtliche  
Untersuchung zur  
chinesischen Rezeption  
europäischer Staatsideen,  
Zürich, 2006.

A. James Gregor/  
Maria Hsia  
Chang: *Nazionalfascismo  
and the Revolutionary  
Nationalism of Sun Yat-  
sen*, in: *Journal of Asian  
Studies*, 1979, S. 21 ff.

Amitav Ghosh: *Indiens  
vergessene Armee*, in:  
*Lettre International*, Heft  
38 (Herbst 1997), S. 58 ff.

fang an als chinesischer Nationalist, durchaus in dem »faschistischen« Sinne seines Ethiklehrers Yang Chang-chi, der die Nation als organische Größe analog zu einer natürlichen Person verstand. Stalin sollte Mao daher vorwerfen, kein wirklicher Marxist zu sein, da er die elementarsten Bestandteile der marxistischen Wahrheiten nicht begriffen hätte. Der Maoismus und vergleichbare Drittweltsozialismen wurden aber schon durch Lenin angelegt. Dieser war im Interesse seiner Machtstrategie sogar bereit, das *Kommunistische Manifest* umzuschreiben: »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!«, sollte es heißen. Bei dieser flexiblen Ausweitung des Marxismus, die auf eine gewissermaßen faschistische Umdeutung insbesondere der pro-europäisch, arischen Fortschrittsdoktrin des klassischen Sozialismus hinauslief, spielte das Industrieproletariat dann nur noch eine untergeordnete Rolle. Wie im Faschismus ging die progressive Rolle auf die Nation über.

In einer explizierten und nicht nur strukturellen Weise trat das faschistische Potential in China bei der Konkurrenzorganisation der KP, der Guomindang, hervor. Dessen Jugendorganisation, die »Blauhemden«, hielten das Führerprinzip für wesentlich zur Durchsetzung nationalistischer Ziele und sehnten sich deshalb nach »Chinas Mussolini und Chinas Hitler«. Ideologisch führt dies auf den prä-faschistischen Nationalismus des Revolutionärs Sun Yat-sen zurück, die für alle politischen Strömungen des modernen China maßgebende Figur. Sun Yat-sen hielt den revolutionären Nationalismus für eine essentielle Voraussetzung des Überlebens Chinas, dessen Niedergang er darauf zurückführte, daß China schon in der Frühzeit den nationalen Gedanken zugunsten des Kosmopolitismus aufgegeben habe und daher leicht Opfer des europäischen Universalismus in Form der indirekten Kolonialherrschaft hatte werden können. Ideologisch wurden die durch den revolutionären Nationalismus von Sun Yat-sen angelegten und unzweifelhaft vorhandenen faschistischen Charakteristika der Guomindang-Herrschaft im Interesse eines Bündnisses mit den USA heruntergespielt, wofür man den faschistischen Charakter des zeitgenössischen Japan betonen mußte.

In ähnlicher Weise trifft dies nach dem Zweiten Weltkrieg für zahlreiche sozialistische Regime der Dritten Welt zu, die sich machtpolitisch an die antifaschistische Sowjetunion anlehnten. Das verbot die offene Bezugnahme auf den Faschismus der dreißiger Jahre, obwohl strukturell bedingt die aus einer die europäische Moderne nachahmenden Massenbewegung und der modernistischen Zielsetzung hervorgegangenen Einparteienregime Afrikas mit ihren Führern eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit dem europäischen Faschismus aufwiesen. Auch diese glaubten mit dem Einparteienregime Kräfte bündeln zu können, um beschleunigt die westeuropäische Entwicklung nachzuvollziehen. Mit Hilfe der Machtbefugnisse der Einparteienregime wollte man im Interesse des *nation building* die soziale Basis des Separatismus eliminieren.

Das faschistische Potential, das den Unabhängigkeitsbewegungen strukturell vorgegeben war, mußte sich natürlich nicht in einer faschistischen Weise realisieren. Dies kann vor allem an der ältesten dieser Unabhängigkeitsbewegungen, nämlich der indischen Kongreßbewegung aufgezeigt werden, für die maßgeblich Mahatma Gandhi und Jawaharlal

Nehru stehen. Dieser Bewegung kann sicherlich kein Faschismus vorgeworfen werden. Allerdings konnte deren Ziel zum Glück für das demokratische Indien in der relativ friedlichen Weise nur deshalb erreicht werden, weil mit der Indian National Army unter Führung von Subhash Chandra Bose gewissermaßen eine faschistische Option bestand. Die aus Kriegsgefangenen indischer Abstammung mit Japans Hilfe gebildete Armee mag aus der Erinnerung weitgehend verdrängt sein: Nichts hat aber die Engländer von der Unvermeidbarkeit der indischen Unabhängigkeit so überzeugt wie die mit Meuterei einhergehende Verbrüderung zwischen dieser Armee und den Angehörigen der britischen Streitkräfte indischer Abstammung unmittelbar nach Ende des Krieges. Die Verdienste des Netaji (Führer) Bose für das demokratische Indien sind derart anerkannt, daß ihn die deutsche Bewältigung trotz seines Bündnisses mit NS-Deutschland und der Bildung der zur SS gehörenden »Legion Freies Indien« in der Regel nicht als Faschisten einstufen will. Dies erscheint deshalb befremdlich, da der Sozialist Bose durchaus eine autoritäre Synthese aus Faschismus und Kommunismus zumindest als Übergangslösung für ein unabhängiges Indien anstrebte.

Tobias Delfs: *Hindu-Nationalismus und europäischer Faschismus. Vergleich, Transfer- und Beziehungsgeschichte*, Bonn 2009.

Die bundesdeutsche Bewältigung will den Faschismus stattdessen beim Hindu-Nationalismus erkennen. Da dessen maßgebliche Partei, die Bharatiya Janata Party (BJP), zwischen 1998 und 2004 unter Premierminister Atal Bihari Vajpayee die indische Regierung gestellt hat, wäre demnach die »größte Demokratie der Welt« zumindest proto-faschistisch regiert worden. Der Hindu-Nationalismus ist jedoch ein ähnliches Phänomen wie der Islamismus. Der Islamismus, der eine Religionsgemeinschaft zu einer nationenartigen Größe zu machen versucht, ist aus dem Fehlschlag des arabischen (Pan-)Nationalismus hervorgegangen, der insbesondere in der Variante der syrisch-irakischen Baath-Partei durchaus als faschistisch beschrieben werden kann.

Horst Mahr: *Die Baath-Partei. Portrait einer panarabischen Bewegung*, München 1971.

Eine Ähnlichkeit des Islamismus mit Faschismus besteht im Sinn von Ernst Noltes These, daß nach Faschismus und Kommunismus der Islamismus die dritte Widerstandsbewegung gegen den westlichen Liberalismus darstellt. In ähnlicher Weise ist der teilweise als spezifisch indische Reaktion auf den Islamismus entstandene Hindu-Nationalismus, der auch Ursprünge in der gegen westliche Herrschaft gerichteten indischen Unabhängigkeitsbewegung hat, eine Antwort auf die Problematik der Übertragung des europäischen Nationenkonzepts auf Indien. Da dieses als Argument für Separatismus gebraucht werden könnte, fühlt sich der gesamtindische Nationalismus veranlaßt, letztlich einer religiösen Größe den Charakter der Nation zuzuschreiben (ähnlich wie dies die »Europäer« mit Europa tun wollen). Mit dem historischen Faschismus weist dieses Ideologem allenfalls eine »entfernte Verwandtschaft« (Wolfgang Schivelbusch) auf, so wie man auch sagen kann, daß ein derartiges Verhältnis von Faschismus und US-amerikanischem New Deal bestanden hatte.

Cristian R.F.J.M. Buchrucker: *Nationalismus, Faschismus und Peronismus 1927–1955. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Ideen in Argentinien*, Berlin 1982.

Als allenfalls »entfernt verwandt« sind aus anderen Gründen alle süd-amerikanischen Bewegungen wie etwa der Peronismus einzustufen, denen die sozialistische Konkurrenz häufig Faschismus vorgeworfen hat. Diese Bewegungen sind zu sehr vom vorfaschistischen Ur-Liberalismus geprägt, der – von den Problemen dieses Subkontinents eingeholt – die Form des autoritären »Positivismus« angenommen hat. Dieser Positivismus hat, etwa über den revolutionär auch in Südamerika aktiven Garibaldi, sogar auf den italienischen Faschismus eingewirkt: Mussolini verdankt seinen spanischen Vornamen einem Vertreter dieser Richtung, nämlich dem mexikanischen Präsidenten Benito Juárez. Mussolini selbst war diesem liberalen Präfaschismus Lateinamerikas durchaus verpflichtet: So ließ er das maßgebliche Werk von Laureano Vallenilla Lanz *Cesarismo democrático* unter größten Ehren ins Italienische übersetzen. Das Werk war die ideologische Grundlage der von 1908 bis 1935 währenden liberalextremistischen Diktatur von Juan Vicente Gómez in Venezuela. Das Regime versuchte eine demokratische Fassade aufrechtzuerhalten, indem für zwei Perioden jeweils eine andere Person Präsident war, die aber dem als Oberbefehlshaber amtierenden Gómez gehorchte.

Die nachfolgenden Bewegungen Lateinamerikas, wie etwa der Peronismus, zeigten zwar auch Sympathien für den historischen Faschismus, bezogen sich aber meistens auf das spanische Franco-Regime, dem man bestenfalls vorwerfen kann, faschistische Elemente integriert zu haben, ohne doch genuin faschistisch gewesen zu sein.